

Die Botschaft

AZ 5312 Döttingen
Fr. 1.80
Mittwoch, 17. Januar 2018
Nr. 7
redaktion@botschaft.ch
Tel. 056 269 25 25



Die Zeitung für das Zurzibiet und angrenzende Gemeinden



Projektleiter Jean-Claude Kleiner erklärt den Ablauf des Abends.



Abstimmung zum emotionalen Thema der möglichen zukünftigen Schulstandorte.

Arbeit spiegeln – Impulse einfangen

Am ersten von zwei Infoabenden zum Projekt «Rheintal+» sind vier der acht Echogruppen über den aktuellen Stand informiert worden.

BAD ZURZACH (sf) – Im Gemeindezentrum Langwies fand ein Echoabend mit den ersten vier Arbeitsgruppen statt. Projektleiter Jean-Claude Kleiner betonte, man stehe erst am Anfang des Prozesses. Klar ist, dass neben rationalen Argumenten emotionale und finanzielle Aspekte ebenso relevant sind und das Projekt daher auf mehreren Ebenen überzeugen muss. Zudem fehlen in einigen Arbeitsgruppen noch wesentliche Informationen für die konkrete Weiterarbeit. Was der Abend ebenfalls deutlich zeigte, ist, dass vonseiten der Bevölkerung grosser Gesprächsbedarf besteht – die eingeplante Zeit war denn auch bei allen Gruppen knapp bemessen und einige Diskussionen mussten unterbrochen werden.

Behörden und Verwaltung

Die Arbeitsgruppe «Behörden und Verwaltung» steht unter der Leitung von Rolf Laube, Ammann von Mellikon. Er erklärte, dass ein Gemeinderat mit sieben Mitgliedern und ein Dörferrat als gemeinderätliche Kommission in ihren Augen die beste Option sei. Schwierig sei hier, dass Kommissionen durch den Gemeinderat gewählt würden, der Dörferrat müsste aber in den Augen der meisten von der Bevölkerung gewählt werden. Die Arbeitsgruppe schlug vor, an der Gemeindeversammlung festzuhalten und auf die Einführung eines Einwohnerrates zu verzichten. Dieser könnte zwar den Gemeinderat kontrollieren, würde eine breitere Verankerung ermöglichen und alle Ortsteile wären vertreten. Durch den Wegfall der Gemeindeversammlung würde aber die direkte Mitsprache verloren gehen. Der Einwohnerrat wurde aber von der Bevölkerung wieder als annehmbare Option ins Auge gefasst, die man weiterzuverfolgen und genauer abzuklären habe.

Die Arbeitsgruppe schlug ein Pensum von mindestens 80 Prozent für den Gemeindeammann vor. Die Ausgestaltung der Pensen ist dann von der effektiven Behördenorganisation abhängig. Es stellte sich die Frage, wie ein solcher Gemeinderat organisiert wäre. Würde er nur noch strategische und repräsentative Aufgaben wahrnehmen? Bei einer Gemeinde von 8000 Einwohnern könne der Ammann nicht mehr alles überblicken. Operatives würde über die Verwaltung laufen. Die Frage stand im Raum, ob ein Gemeinderat nach Ressorts oder beispielsweise wie ein Verwaltungsrat strukturiert werden sollte.



Bad Zurzachs Ammann Reto S. Fuchs begrüsst die Anwesenden.

Die Gefährdung des Milizcharakters wurde thematisiert. Die Ämter könnten nicht mehr nebenbei ausgeführt werden, es würde zu einer «Verpolitisierung» kommen, vor allem bei einem Gemeinderat mit fünf Mitgliedern. Es ist rechtlich nicht zulässig, bei der Wahl von Exekutiven Wahlkreise zu erstellen. Die Frage, ob kleinere Teilgemeinden weniger Chancen hätten, einen Vertreter in den Gemeinderat zu bringen, drängte sich auf. Diese Gefahr bestehe, räumte die Arbeitsgruppe ein. Mit der Zeit verwässere dies aber und verliere an Relevanz, da man zu einer grossen Gemeinde zusammenwachsen. Bis allerdings ein solches Einheitsgefühl bestehe, brauche es Zeit. Zudem könne man mit dem Dörferrat diese Lücke schliessen. Die Bevölkerung wünscht sich, die Option des Einwohnerrates weiterzuverfolgen und genauer abzuklären. Laube erklärte, es sei vor allem wichtig, das Mitsprache- und Mitwirkungsrecht der Einwohner beizubehalten.

Entwicklung, Bau- und Nutzungsordnung, Verkehr

Reto S. Fuchs, Ammann von Bad Zurzach, erklärte, dass das Ziel der Arbeitsgruppe «Entwicklung, Bau- und Nutzungsordnung, Verkehr» vor allem eine qualitative Entwicklung sei. Die Bevölkerung soll gut durchmischte sein, das heisst Familien mit Kindern, gute Steuerzahler wie Singles oder Doppelverdiener

und Senioren sollen sich in der Gemeinde gleichermassen wohlfühlen und ansiedeln. Angestrebt wird ein Wachstum von einem Prozent innerhalb von zehn Jahren. Gemeinsam könnte der Standort gefördert und das kulturelle Angebot gefestigt werden. Es besteht aber auch die Gefahr des Verlusts der Eigenständigkeit und einer anonymen, zentralen Verwaltung.

Die Förderung der Wirtschaft ist zentral. 0,5 Prozent mehr Arbeitsplätze sollen in zehn Jahren geschaffen werden, vor allem im Bereich Gesundheit, Tourismus und Forschung, aber auch im Kleingewerbe, beim Handwerk und im Dienstleistungssektor. Chancen einer gemeinsamen Entwicklung sind unter anderen die Optimierung der Gewerbezone, eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs und eine Aufwertung des Standorts. Risiken sind der Verlust von freien natürlichen Landschaftsflächen und eine Zunahme des Verkehrsaufkommens.

Ein grosser Vorteil in der Raumplanung wäre, dass man sie über ein grosses Gebiet ansetzen könnte. Dies würde die Region massiv stärken und ein qualitatives Wachstum begünstigen, ist die Arbeitsgruppe überzeugt. Es stellte sich die Frage, ob ein Arbeitsplatzwachstum von 0,5 Prozent nicht zu klein sei. Zudem kam der Input, methodisch anders an das Thema heranzugehen – analytischer und wissenschaftlicher. Klar sei, dass, ob nun eine Fusion zustande komme oder nicht, so oder so gemeinsam an der Entwicklung der Region gearbeitet werden müsse.

Es besteht in den Echogruppen ein grosses Bedürfnis nach einem konstanten Informationsfluss, betonte Fuchs bei der abschliessenden Zusammenfassung. Enorm relevant sei zudem, dass eine konkrete Vision für die Entwicklung der Region bestehe, sonst werde es schwierig. Ausserdem müsse der Frage nachgegangen werden, was passiere, wenn die Fusion nicht zustande komme. Raumplanerisch komme die Arbeitsgruppe zudem an ihre Grenzen – es bedarf der Verstärkung durch eine externe Unterstützung, um dies bewältigen zu können.

Schulwesen

Heiri Rohner, Ammann aus Wislikofen, leitet die Arbeitsgruppe «Schulwesen». Hier schwappten die Emotionen am höchsten – das Wohl der Kinder hat für alle eine hohe Priorität. Aber eine Schule muss auch wirtschaftlich sein. Zuerst informierte die Arbeitsgruppe über den aktuellen Stand der Schulsituation im

Gebiet. Auch die Schülerzahlen wurden präsentiert. An der Primarschule Bad Zurzach werden 277 Kinder betreut. Die Primarschule Chrüzlibach in Rekingen und Wislikofen betreut aktuell 164, in Rietheim sind es zurzeit 52 Kinder. Die Oberstufe in Bad Zurzach besuchen 245 Jugendliche – alle drei Stufen sind an einem Ort. Kinder aus Fisibach und Kaiserstuhl besuchen die Primarschule in Weiach ZH und die Oberstufe in Stadel ZH. Es besteht ein Beschulungsvertrag zwischen den beiden Kantonen. Dieser gilt für die nächsten zehn Jahre. Er soll allein von der Stimmbevölkerung der zwei Gemeinden gekündigt werden dürfen, fordern diese.

Die Herausforderungen an das Schulwesen bestehen in den teilweise sinkenden Schülerzahlen, der Rekrutierung von kompetenten Lehrpersonen, im Umgang mit der Heterogenität, also den Unterschieden, und in der Digitalisierung sowie im Umsetzen von neuen pädagogischen Konzepten. Auch der finanzielle Druck des Kantons auf die Oberstufen und die unklare Zukunft der Kreisschule fordern das Schulwesen heraus.

Gefordert werden verschiedene Schulstandorte – eine zentrale Schule nur in Bad Zurzach begrüsst niemand. Die Wege für die Kinder, vor allem die Kleinsten, sollten möglichst kurz und vor allem sicher gehalten werden. Ohne die Einführung eines Schulbusses wird dies kaum möglich sein. Es stellte sich zudem die Frage, wie die übrigen Schulhäuser genutzt werden könnten. Zudem besteht der Wunsch, sich nicht alles vom Kanton diktieren lassen zu müssen, sondern sich als Gemeinschaft zu wehren und selber beim Kanton Druck zu machen. Beim Scheitern einer Fusion müsse zudem trotzdem unbedingt eine Verbandslösung gefunden werden. Die Arbeitsgruppe müsse konkrete Berechnungen anstellen. Was sind die konkreten Kosten? Zum sehr emotionalen Thema bestünden Fragen über Fragen, allzu viele klare Antworten fehlten hingegen noch, so Rohner.

Finanzen und Liegenschaften

René Meier, Ammann von Baldingen und Leiter der Gruppe «Finanzen und Liegenschaften», erklärte, um konkrete Aussagen treffen zu können, fehlten noch wichtige Zahlen. Bemängelt wurde, dass es zu viele Diskussionen um den Steuerfuss von 115 Prozent gäbe – dieser stehe noch in den Sternen, könnte aber machbar sein. Ein aktualisierter Finanz-

plan wird jedoch in naher Zukunft erwartet. Es sei wichtig, den Investitionsbedarf aufzuzeigen. Bei einer allfälligen Fusion sollen etwas drei bis fünf Prozent an Einsparungen möglich sein. Es seien darüber detaillierte Aussagen gefordert, wie die Zahlen zustande kommen. Man solle zudem ein Szenario nachliefern, bei dem von einem Steuerfuss von 120 Prozent ausgegangen wird.

Die zukünftige Organisation der Hauswartungen soll mit einer zentralen Leitung und dezentralen Standorten gestaltet werden. Eine schlanke und effiziente Organisation, diverse Spar- und Synergiepotenziale, zum Beispiel bei Materialeinkäufen oder Grossreinigungen sollen genutzt werden. Zudem wäre ein schlagkräftiger Maschinenpark mit vielen Gerätschaften für alle nutzbar.

Arbeit hat erst begonnen

Es gilt, vielseitige Einflüsse aus allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu vereinen. Die Arbeit habe erst begonnen und es sei wichtig, immer wieder den Kontakt zur Bevölkerung zu suchen, so Projektleiter Kleiner. Man sei offen und empfänglich für weitere Impulse. So soll es für die Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich direkt per Mail an die Verantwortlichen zu wenden und Vorschläge einzubringen. Geografisch sei man in einem weiten Gebiet unterwegs. Mit rund 8000 Einwohnern wäre es eine starke, robuste Gemeinde.

«Die Bevölkerung muss spüren, dass sie das letzte Wort hat», meinte Kleiner. Man wolle nicht einfach etwas Abgehobenes, Akademisches präsentieren, es ginge um die Bevölkerung, nicht die Behörden. In allen Gruppen wurden intensive und konstruktive Gespräche geführt – weiterer Gesprächsbedarf besteht. Die Homepage ist nun offiziell aufgeschaltet und informiert über die Geschichte und Aktualitäten aus dem Rheintal und dem Fusionsprojekt. Am Donnerstagabend findet der zweite Informationsanlass in Rekingen statt.

Botschaft-Inserate

Telefon 056 269 25 00
inserate@buerliag.ch

